

Niederschrift

über die 7. Sitzung (öffentlicher Teil)
des Rates

am Mittwoch, **11.05.2005**, 17:35 Uhr,
Festsaal, Rathaus, Prinzipalmarkt 8-9, 48143 Münster

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion

Herr Frank Baumann, Frau Sybille Benning, Herr Georg Berding, Herr Heinz Georg Buddenbäumer, Frau Elfriede Dalla Riva-Hanning, Herr Edgar Drüge, Herr Dr. Dietmar Erber, Herr Markus Funk, Frau Magdalene Gefroi, Herr Franziskus-Pius Graf von Merveldt, Herr Christian Gramm, Frau Carmen Greefrath, Frau Eleonore Heyne, Herr Manfred Holtschulte, Herr Rudolf Klein, Herr Karl Kleine-Wilke, Frau Marliese Kosmider, Herr Dieter Maager, Herr Josef Messing, Frau Ursula Möllers, Herr Andreas Nicklas, Herr Robert Otte, Frau Karin Reismann, Herr Josef Rickfelder, Frau Ursula Schaffstein, Herr Günter Schulze Blasum, Herr Heinz-Dieter Sellenriek, Frau Barbara Stober, Herr Stefan Weber, Frau Helga Welker, Frau Simone Wendland

von der SPD-Fraktion

Herr Alexander Bercht, Frau Anika Bergner, Herr Philipp Gabriel, Frau Beanka Ganser, Frau Maria Anna Hakenes, Herr Wolfgang Heuer, Frau Marianne Hopmann, Herr Ralf Hubert, Herr Dr. Michael Jung, Frau Marianne Koch (ab TOP 11), Frau Gabriele Kubig-Steltig, Herr Kurt Pölling, Herr Karsten Rahn, Herr Udo Reiter, Frau Anne Schulze Wintzler, Herr Joachim Tonn, Frau Wendela-Beate Vilhjalmsson, Herr Moritz von Schmeling, Herr Holger Wigger

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL

Frau Helga Bennink, Herr Wilhelm Breitenbach (ab TOP 11), Herr Christof Hoffmann, Herr Manfred Kehr, Herr Heribert Klas, Frau Maria Klein-Schmeink, Frau Jutta Möllers, Herr Carsten Peters, Herr Tim Rohleder, Frau Ilse Schleef, Frau Claudia Scholz, Frau Dr. Rita Stein-Redent, Frau Brigitte von Schoenebeck

von der FDP-Fraktion

Herr Ulrich Eisenack, Herr Wolfgang Klein, Frau Carola Möllemann-Appelhoff, Herr Jürgen Reuter, Herr Hans Varnhagen

von der Fraktion UWG-MS/ödp

Herr Gerd Kersting, Herr Fritz Pfau, Frau Hannelore Wiesenack-Hauß

von der PDS/LL

Herr Ali Atalan

Vorsitz

Herr Oberbürgermeister Dr. Berthold Tillmann

von der Verwaltung

Herr Reinhard Adams, Herr Hartmut Bartmann, Herr Gerd Bertling, Frau Helga Bickeböller, Herr Walter Dapper, Herr Felix Graf von Plettenberg, Frau Dr. Andrea Hanke, Herr Dr. Wolf Heinrichs, Frau Michaela Heuer, Herr Gerhard Joks, Frau Dr. Agnes Klein, Herr Jochen Köhnke, Herr Frank Möller, Herr Axel Niemeyer, Herr Dr. Norbert Ohlms, Herr Dr. Bernhard Roth, Herr Hartwig Schultheiß, Herr Dr. Werner Spickenheuer, Herr Oliver Teuteberg, Herr Peter Todeskino, Herr Rainer Uetz, Herr Franz Winter

für die Schriftführung

Herr Jürgen Kupferschmidt

für die Stenogrammaufnahme

Frau Heike Krüger

Es fehlten

Herr Philipp Götting (FDP), Herr Jörn Möltgen (Bündnis 90/Die Grünen/GAL)

nichtöffentlicher Sitzungsteil

siehe Niederschrift über die 6. Sitzung (nichtöffentlicher Teil) des Rates am 11.05.2005

Tagesordnung

V/0240/2005/1
OBM

AAB/0001/2005
I

1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
2. Aktuelle Stunde
3. Eingänge und Mitteilungen
4. Anregungen gem. § 24 der Gemeindeordnung
- 4.1. Anregungen gemäß § 24 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen
5. Anfragen von Ratsmitgliedern
6. Anregungen der Bezirksvertretungen
7. Anregungen des Ausländerbeirates
- 7.1. Berücksichtigung von Menschen ausländischer Herkunft bei Personaleinstellungen

<u>V/0218/2005</u> II	8.	Jahresrechnung 2004 der Stadt Münster
<u>V/0254/2005</u> II	9.	Über- und außerplanmäßige Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen im 1. Vierteljahr 2005
<u>V/0283/2005</u> II	10.	Umsetzung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (NKF) bei der Stadt Münster
<u>V/0329/2005/1</u> II	11.	Ausschreibung für die Anmietung einer Modelleinrichtung für eine "Kindertageseinrichtung und Einrichtung der Kinder- und Jugendarbeit unter einem Dach" im Baugebiet Roxel-Nord
	12.	Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten der Verkaufsstellen
<u>V/0219/2005</u> I	12.1.	Verordnung über das Offenhalten der Verkaufsstellen aus Anlass der Veranstaltung "Hammer Straßenfest" vom 23.05.2002
<u>V/0227/2005</u> I	12.2.	Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten der Verkaufsstellen am 05.06.2005 aus Anlass der Veranstaltung "3. Gremmendorfer Straßenfest"
	13.	Bauleitplanung
	13.1.	Stadtbezirk Münster-Mitte
<u>V/0201/2005</u> III	13.1.1.	12. Änderung des fortgeschriebenen Flächennutzungsplanes für den Bereich Aasee - Terrassen (Aasee / Zentralfriedhof / Adenauerallee) Beschluss zur Änderung
<u>V/0208/2005</u> III	13.1.2.	Teilaufhebung des Bebauungsplanes Nr. 401: Stadthafen I / Albersloher Weg Beschluss zur Teilaufhebung
<u>V/0318/2005</u> OBM	14.	Umbesetzungen in Ausschüssen des Rates und sonstigen Gremien
	15.	Anträge von Ratsmitgliedern nach § 3 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Rates
<u>A-R/0011/2005</u> VI	15.1.	Zu einer lebenswerten Stadt gehört auch saubere Luft - Sofortige Einleitung der Luftreinhalteplanung für Münster
<u>A-R/0012/2005</u> V	15.2.	Alle Chancen für Kinder von Anfang an!
<u>A-R/0013/2005</u> V	15.3.	Kommunale Pflegeplanung und Beteiligungsverfahren weiterentwickeln

<u>A-R/0014/2005</u> I	15.4.	Für Sauberkeit und öffentliche Ordnung in Münster
<u>A-R/0015/2005</u> III	15.5.	Zukünftige Verwertung des Stein-Gebäudes am Hindenburgplatz frühzeitig planen
<u>A-R/0016/2005</u> IV	15.6.	Soziales Engagement - eine Ehrensache für Münsters Schülerinnen und Schüler
<u>A-R/0017/2005</u> VI	15.7.	Solar? Na klar! Den Europäischen Solarpreis nach Münster holen.
<u>A-R/0018/2005</u> VI	15.8.	Münster-Stadt des Pferdesports
<u>A-R/0019/2005</u> IV	15.9.	Keine Schultüte ohne Deutschstunde - Vorschulische Sprachförderung für jedes Kind
	16.	Verschiedenes

Herr **Dr. Tillmann** eröffnete die öffentliche Sitzung des Rates um 17.35 Uhr und stellte die ordnungsgemäße Einberufung und die Beschlussfähigkeit fest.

Er begrüßte die Mitglieder des Rates, die Bezirksvorsteherinnen und Bezirksvorsteher, den Vorsitzenden des Ausländerbeirates, die Damen und Herren der Presse und die Zuschauerinnen und Zuschauer.

Herr **Dr. Tillmann** gratulierte Frau Dr. Stein-Redent zum Geburtstag und überreichte aus diesem Anlass Blumen.

Punkt 1 der Tagesordnung

Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Es war keine Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner beantragt worden.

Punkt 2 der Tagesordnung

Aktuelle Stunde

Es war keine Aktuelle Stunde beantragt worden.

Punkt 3 der Tagesordnung

Eingänge und Mitteilungen

Frau **Bickeböller** verlas ein Schreiben der Bezirksregierung Münster vom 15.04.2005 an den Oberbürgermeister der Stadt Münster mit dem Betreff „Haushaltssatzung der Stadt Münster für das Haushaltsjahr 2005 einschließlich Finanzplan und Investitionsprogramm für die Jahre 2004 – 2008; Haushaltsanzeige vom 17.03.2005 – 20 1 116 -“.

Des Weiteren berichtete Frau **Bickeböller** Folgendes:

„Nach der öffentlichen Bekanntmachung der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2005 im Amtsblatt am 22.04.2005 hat der Haushaltsplan 2005 mit seinen Anlagen in der Zeit vom 25.04. bis 03.05.2005 beim Amt für Finanzen und Beteiligungen öffentlich ausgelegen.

Von dem Recht der Einsichtnahme wurde kein Gebrauch gemacht.“

Punkt 4 der Tagesordnung	Anregungen gem. § 24 der Gemeindeordnung
---------------------------------	---

Punkt 4.1 der Tagesordnung V/0240/2005/1	Anregungen gemäß § 24 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen
---	---

Es lag eine Ergänzung zur Vorlage vor.

Der Rat nahm unter Berücksichtigung der Ergänzungsvorlage zur Kenntnis:

„Folgende Anregungen gemäß § 24 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen sind eingegangen:

Nr./Jahr	Antragsanliegen	Entscheidungszuständigkeit (Das Anhörungs- u. Beratungsrecht weiterer Gremien bleibt unberührt.)
18/2005	Der Heimbeirat des Seniorenzentrums Handorfer Hof regt an, an der Handorferstraße eine Ampelanlage zu installieren, die Durchfahrt für Schwerlasten zu unterbinden und in der Zwischenzeit eine Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 km/h einzurichten.	Verwaltung (Bericht in der Bezirksvertretung Münster-Ost)
19/2005	Die Pelster Immobilien GmbH regt an, die Kanalstraße zwischen Maximilianstraße und Coerdeplatz umzugestalten und als verkehrsberuhigte Anliegerstraße mit Parkbuchten auszuweisen.	Rat
20/2005	Herr und Frau Hinse regen an, nach der Kanalsanierung der Zumsandestraße das unter der Straßendecke vorhandene historische Kopfsteinpflaster als Deckschicht zu verwenden sowie Bauminselfen und Parkbuchten in den Straßenverlauf einzuplanen.	Verwaltung zur Vorprüfung
21/2005	Verschiedene Aktionsgruppen aus Münster beantragen, Urantransporte von und nach Gronau über Münsteraner Stadtgebiet zu untersagen sowie weitere themenbezogene Maßnahmen zu ergreifen (Auflistung siehe Anregung).	Rat
22/2005	Herr Judt regt an, zur Verdeutlichung der Ausmaße des geplanten Gebäudekomplexes "Aasee-Terrassen" vor Ort ein Gerüst o. Ä. im Maßstab 1:1 zu errichten.	Verwaltung

23/2005	Der Trägerverein für das Jugendzentrum Angelnmodde/Wolbeck beantragt die Erhöhung von 20 auf 30 Wochenstunden des hauptamtlichen Mitarbeiters für die offene Jugendarbeit im Jugendzentrum "Bahnhof Wolbeck".	Rat (Bericht in der Bezirksvertretung Münster-Südost)“
24/2005	Frau Mersmann regt an, zum Erhalt von Tanzveranstaltungen für Senioren die Vergnügungssteuer zu senken.	Rat“

Punkt 5 der Tagesordnung

Anfragen von Ratsmitgliedern

Es lagen die nachstehend aufgeführten Anfragen von Herrn **Dr. Jung** vor, die von Frau **Dr. Hanke** beantwortet wurden.

„Frage 1

Wie ist es zu erklären, dass sich trotz der mehr als einjährigen Vorbereitungszeit für die zweite Ausbauphase der Offenen Ganztagsgrundschulen nunmehr herausstellt, dass – wie bei der Thomas-Morus-Schule – zugrundegelegte Prognosen für Schülerzahlen von der Wirklichkeit deutlich widerlegt werden? Gibt es Anhaltspunkte dafür, dass auch die Prognosen für andere Schulen unzutreffend sein könnten und sich daraus möglicherweise ebenfalls Investitionsnotwendigkeiten ergeben?

Antwort:

Die aktuellen Prognosen zu Schülerzahlenentwicklungen bei Grundschulen (Grundlage: kleinräumige Bevölkerungsprognose des Amtes für Stadt- und Regionalentwicklung und Statistik vom Frühjahr 2003), sind grundsätzlich von zwei Unsicherheiten geprägt:

von der tatsächlichen Bevölkerungsentwicklung im Schulbezirk und

vom Wahlverhalten der einzelnen Erziehungsberechtigten in Richtung katholische Grundschule, evangelische Grundschule oder Gemeinschaftsgrundschule.

Das für die Umsetzung der Offenen Ganztagschule notwendige Raumkonzept an der Thomas-Morus-Schule hat sich durch die unerwartet hohen Anmeldezahlen nicht grundlegend verändert. Es war von Beginn an erkennbar, dass umfangreiche Erweiterungen zur Abdeckung des Raumbedarfes notwendig werden. In der Ratsvorlage V/1063/2004 „Umwandlung weiterer Schulen in Offene Ganztagschulen zum Schuljahr 2005/06“ ist dies in der Begründung unter Ziffer 7 ausführlich dargestellt.

Die aktuelle Situation führt jedoch zu der Entscheidung, die bauliche Erweiterung nicht, wie zunächst vorgesehen, nur für eine kurze Übergangszeit bis zum Erreichen der Zweizügigkeit zu planen, sondern durch die Dreizügigkeit den Klassenraumbedarf für eine längere Zeit über Pavillons abzudecken.

Auch bei allen anderen Schulen, bei denen in den Sommerferien 2005 Umbaumaßnahmen durchgeführt werden, hat sich nach den überprüften Schülerprognosen im Vergleich zu den ersten Konzepten kein grundsätzlich neuer Investitionsbedarf ergeben.

Frage 2

Wie ist zu erklären, dass im Zuge des mehr als einjährigen Planungsprozesses angedachte Raumkonzepte nicht realisiert werden können, weil eine Besichtigung durch die zuständige Fachverwaltung erst zum jetzigen Zeitpunkt deren Unmöglichkeit nachweist?

Antwort:

Die Frage hinsichtlich der Besichtigungstermine spielt in diesem Zusammenhang eine untergeordnete Rolle. In einzelnen Fällen weicht die Raumkonzeption von der ersten Planungsidee ab. In keinem Fall haben diese Veränderungen aber zu einem verspäteten Baubeginn geführt.

Entscheidend ist, dass eine Umsetzung der Baumaßnahmen – auch nach Ansicht der Schulleitungen – erst ab Beginn der Sommerferien möglich ist.

Frage 3

Stehen an allen Schulen der ersten und zweiten Ausbaustufe zum Beginn des kommenden Schuljahres ausreichende Raumkapazitäten zur Verfügung, um sowohl den laufenden Unterrichtsbetrieb als auch die neuen Angebote der Offenen Ganztagschule qualitativ und quantitativ angemessen gewährleisten zu können? An wie vielen Schulen muss in den Wochen nach den Sommerferien mit Provisorien gearbeitet werden bzw. muss wie bei der Thomas-Morus-Schule noch an weiteren Schulen der Start der Offenen Ganztagschule verschoben werden?

Antwort:

Die erste Ausbaustufe ist abgeschlossen – alle beteiligten Schulen der ersten Staffel haben den Schulbetrieb im Rahmen der offenen Ganztagschule aufgenommen.

In der zweiten Phase werden insgesamt 14 Schulen in Offene Ganztagschulen umgewandelt.

An der Thomas-Morus-Schule wird das Konzept Offene Ganztagschule spätestens nach den Herbstferien angeboten werden. Zurückzuführen ist diese kurzfristige Verzögerung u.a. auf eine intensive Bautätigkeit in der Schule sowie auf die Umsetzung der Pavillons von der Waldschule Kinderhaus, die dort noch bis Ende des Schuljahres benötigt werden.

Die Schulleitung hat gegenüber der Verwaltung deutlich gemacht, dass ein möglicher provisorischer Start keine Alternative darstellt.

Für die Albert-Schweitzer-Schule werden aufgrund des unzureichenden Raumbestandes Gespräche mit dem Kinderheim St. Mauritius über eine mögliche Kooperation geführt. Das Ergebnis dieser Verhandlungen ist noch offen.

An vier Schulen (Paul-Schneider-Schule, Kardinal-von-Galen-Schule, Matthias-Claudius-Schule-Handorf, Martin-Luther-Schule) wird der Start zu Beginn des Schuljahres planmäßig – allerdings mit kurzfristigen Einschränkungen - erfolgen. Ursache hierfür sind Baumaßnahmen, die über die Sommerferien hinausgehen.

Auch an der Paul-Gerhardt-Schule Hiltrup und der Clemensschule Hiltrup wird mit der Offenen Ganztagschule zum Schuljahresbeginn mit räumlichen Einschränkungen begonnen. Diese Einschränkungen werden erst nach Fertigstellung der geplanten Erweiterung zu einem späteren Zeitpunkt ausgeräumt werden können.

Alle anderen sechs Schulen werden ohne Einschränkungen zu Beginn des Schuljahres 2005/06 das Angebot Offene Ganztagschule vorhalten können. Dazu zählen die Grundschule am Kinderbach, Johannesschule Hiltrup, Ludgerusschule Albachten, Bodelschwinghschule, Dietrich-Bonhoeffer-Schule und Martinischule.“

Punkt 6 der Tagesordnung

Anregungen der Bezirksvertretungen

Es lagen keine Anregungen der Bezirksvertretungen vor.

Punkt 7 der Tagesordnung

Anregungen des Ausländerbeirates

Punkt 7.1 der Tagesordnung AAB/0001/2005

Berücksichtigung von Menschen ausländischer Herkunft bei Personaleinstellungen

Es lag folgende Anregung des Ausländerbeirates vor:

„Der Rat möge beschließen:

1. Bei künftigen Personaleinstellungen (Voll- oder Teilzeitbeschäftigung, zeitlich befristete Arbeitsverträge, Projektarbeitsverträge etc.) werden bei gleicher Eignung und Befähigung Menschen ausländischer Herkunft bevorzugt berücksichtigt. Dabei soll ein Modus ausgearbeitet werden, der stufenweise gewährleistet, dass eine angemessene und repräsentative Quote dieses Personenkreises an der Gesamtzahl der Beschäftigten erreicht wird.
Eine rechtzeitige, regelmäßige Einbeziehung des Ausländerbeirates halten wir dabei für sehr wichtig.
2. Darüber hinaus möge der Rat darauf hinwirken, dass nach diesem Modus auch die städtischen Gesellschaften verfahren.“

Herr **Dr. Tillmann** schlug vor, die Anregung wie folgt zu verweisen:

- Punkt 1 der Anregung an den Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung,
- Punkt 2 der Anregung über das Dezernat für Finanzen und Beteiligungen und Liegenschaften und das Amt für Finanzen und Beteiligungen an die städtischen Gesellschaften.

Es erhob sich kein Widerspruch.

Punkt 8 der Tagesordnung V/0218/2005

Jahresrechnung 2004 der Stadt Münster

Der Rat beschloss einstimmig:

„Sachentscheidung

1. Die Jahresrechnung 2004 der Stadt Münster (Anlage der Vorlage = Anlage 1a der Originalniederschrift) wird zur Kenntnis genommen und dem Rechnungsprüfungsausschuss zur Prüfung überwiesen.

2. Der Jahresabschluss 2004 des doppisch geführten Haushaltsplanteils der Stadt Münster (Anlage der Vorlage = Anlage 1b der Originalniederschrift) wird als Bestandteil der Jahresrechnung 2004 zur Kenntnis genommen.“

Punkt 9 der Tagesordnung V/0254/2005	Über- und außerplanmäßige Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen im 1. Vierteljahr 2005
---	---

Der Rat nahm den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 10 der Tagesordnung V/0283/2005	Umsetzung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (NKF) bei der Stadt Münster
--	---

Herr **Dr. Tillmann** informierte kurz über die Umsetzung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (NKF) bei der Stadt Münster. Frau **Bickeböller** gab die nächsten Termine für Arbeitskreis, Fraktionen etc. bekannt.

Der Rat beschloss einstimmig:

„Sachentscheidung

1. Der anliegende Bericht zur Umsetzung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (NKF) (= Anlage 2 der Originalniederschrift) wird zur Kenntnis genommen.
2. Zur Unterstützung des Umsetzungsprozesses des NKF wird ein politischer Arbeitskreis gebildet. Die Benennung von Mitgliedern erfolgt aus der Mitte des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften.

Kosten/Folgekosten

Die Gesamtfinanzierung des NKF- Projektes wird durch die im Haushaltsplan veranschlagte HHSt. 0300.650.0200.7 (Doppischer Kommunalhaushalt Sachausgaben) und HHSt. 0300.416.0000.2 (Doppischer Kommunalhaushalt Personalausgaben) sichergestellt.“

Punkt 11 der Tagesordnung V/0329/2005/1	Ausschreibung für die Anmietung einer Modelleinrichtung für eine "Kindertageseinrichtung und Einrichtung der Kinder- und Jugendarbeit unter einem Dach" im Baugebiet Roxel-Nord
--	--

Es lag eine Ergänzung zur Vorlage vor.

Des Weiteren lag folgender Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL vor:

„Änderungsantrag

zur Vorlage V/0329/2005

Ausschreibung für die Anmietung einer Modelleinrichtung für eine ‚Kindertageseinrichtung und Einrichtung der Kindern- und Jugendarbeit unter einem Dach‘ im Baugebiet Roxel-Nord

Der Rat möge beschließen:

Das Verfahren des Investorenwettbewerbs für die Modelleinrichtung für eine Kindertagesstätte und Einrichtung der Kinder- und Jugendarbeit unter einem Dach im Baugebiet Roxel-Nord wird eingestellt. Die Modelleinrichtung wird konventionell errichtet und

betrieben.“

Außerdem stellte Herr **Sellenriek** für die CDU-Fraktion folgenden Ergänzungsantrag zur Vorlage:

„Der Rat möge beschließen:

Unter Punkt 2 der Vorlage 329/2005 wird die Jury erweitert um den Vorsitzenden des Ausschusses für Umweltschutz und Bauwesen.“

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL wurde mit Mehrheit (Obm, CDU, FDP, SPD) bei Fürstimmen (Bündnis 90/Die Grünen/GAL, UWG-MS/ödp, PDS/LL) und einer Stimmenthaltung (SPD) abgelehnt.

Der Antrag der CDU-Fraktion wurde mit Mehrheit (Obm, CDU, FDP, UWG-MS/ödp) bei Gegenstimmen (SPD) und Stimmenthaltungen (Bündnis 90/Die Grünen/GAL, PDS/LL) angenommen.

Nach ausführlicher Diskussion beschloss der Rat unter Berücksichtigung der Ergänzungsvorlage und des Antrages der CDU-Fraktion mit Mehrheit (Obm, CDU, FDP, UWG-MS/ödp) bei Gegenstimmen (SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, PDS/LL):

„Sachentscheidung

- 1.) Der Rat nimmt das dieser Vorlage als Anlage beigefügte Exposé (= Anlage 3a der Originalniederschrift) – unter Berücksichtigung der Änderungen aus Anlage 1 der Ergänzungsvorlage (= Anlage 3b der Originalniederschrift) – für die Anmietung einer Modelleinrichtung für eine “Kindertageseinrichtung und Einrichtung der Kinder- und Jugendarbeit unter einem Dach” im Baugebiet Roxel-Nord zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, das Ausschreibungsverfahren auf dieser Grundlage weiter zu führen.
- 2.) Der Rat stimmt folgender Zusammensetzung der Jury für die Bewertung der Entwürfe / Angebote nach den Beurteilungskriterien zu:
 - je ein Vertreter pro Fraktion

für die CDU-Fraktion	<u>Frau Sybille Benning</u>
für die SPD-Fraktion	<u>Frau Maria Anna Hakenes</u>
für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL	<u>Frau Jutta Möllers</u>
für die FDP-Fraktion	<u>Herr Dieter Sumbeck</u>
für die Fraktion UWG-MS/ödp	<u>Herr Uwe Raffloer</u>
 - die Bezirksvorsteherin der Bezirksvertretung Münster-West, Frau Westrup
 - der Vorsitzende des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien, Herr Ratsherr Rickfelder
 - der Vorsitzende des Ausschusses für Umweltschutz und Bauwesen, Herr Ratsherr Baumann

- Vertreter der Verwaltung:

Frau Stadträtin Dr. Klein
Vertreter: Herr Paschert

Herr Stadtbaurat Joksche
Vertreter: Herr Löhr

Frau Stadtkämmerin Bickeböller
Vertreter: Herr Dr. Roth

Kosten/Folgekosten

Kosten und Folgekosten für die Anmietung der Einrichtung können erst nach Beendigung des Verhandlungsverfahrens im Zusammenhang mit der Entscheidung über den Zuschlag mitgeteilt werden.“

Punkt 12 der Tagesordnung	Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten der Verkaufsstellen
----------------------------------	--

Punkt 12.1 der Tagesordnung V/0219/2005	Verordnung über das Offenhalten der Verkaufsstellen aus Anlass der Veranstaltung "Hammer Straßenfest" vom 23.05.2002
--	---

Der Rat beschloss einstimmig:

„Sachentscheidung

Die als Anlage 1 (= Anlage 4 der Originalniederschrift) beigefügte ordnungsbehördliche Verordnung zur Änderung der ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten der Verkaufsstellen aus Anlass der Veranstaltung "Hammer Straßenfest" vom 23.05.2002 wird beschlossen.

Kosten/Folgekosten

Es entstehen keine Kosten und keine Folgekosten.“

Punkt 12.2 der Tagesordnung V/0227/2005	Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten der Verkaufsstellen am 05.06.2005 aus Anlass der Veranstaltung "3. Gremmendorfer Straßenfest"
--	--

Der Rat beschloss einstimmig:

„Sachentscheidung

Die als Anlage 1 (= Anlage 5 der Originalniederschrift) beigefügte ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten der Verkaufsstellen am 05.06.2005 aus Anlass der Veranstaltung „3. Gremmendorfer Straßenfest“ wird beschlossen.

Kosten/Folgekosten

Es entstehen keine Kosten und keine Folgekosten.“

Punkt 13 der Tagesordnung	Bauleitplanung
----------------------------------	-----------------------

Punkt 13.1 der Tagesordnung	Stadtbezirk Münster-Mitte
------------------------------------	----------------------------------

Punkt 13.1.1 der Tagesordnung V/0201/2005	12. Änderung des fortgeschriebenen Flächennutzungsplanes für den Bereich Aasee - Terrassen (Aasee / Zentralfriedhof / Adenauerallee) Beschluss zur Änderung
--	--

Der Rat beschloss einstimmig:

„Sachentscheidung

Der fortgeschriebene Flächennutzungsplan der Stadt Münster wird gemäß § 2 (1) und § 1 (8) Baugesetzbuch im Bereich Aasee / Zentralfriedhof / Adenauerallee dahingehend geändert, dass die dargestellte Wohnbaufläche ausgeweitet und ein Sondergebiet (Wassersport, Gastronomie und Erholung dienende Gebäude und Einrichtungen) neu dargestellt wird.

Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass der Stadt Münster durch die Flächennutzungsplanänderung keine Kosten und keine Folgekosten entstehen.“

Punkt 13.1.2 der Tagesordnung V/0208/2005	Teilaufhebung des Bebauungsplanes Nr. 401: Stadthafen I / Albersloher Weg Beschluss zur Teilaufhebung
--	--

Der Rat beschloss einstimmig:

„Sachentscheidung

Der Bebauungsplan Nr. 401: Stadthafen I / Albersloher Weg ist gemäß §§ 2 (1) Und 1 (8) Baugesetzbuch für den Teilbereich Albersloher Weg / Bernhard-Ernst-Straße / Hafenweg aufzuheben. Auf die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit wird gemäß § 3 (1) Satz 2 Nr. 1 Baugesetzbuch verzichtet.

Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass durch den Beschluss zur Teilaufhebung des Bebauungsplanes Nr. 401 der Stadt Münster keine Kosten und keine Folgekosten entstehen.“

**Punkt 14 der Tagesordnung
V/0318/2005**
**Umbesetzungen in Ausschüssen des Rates und
sonstigen Gremien**

Der Rat beschloss einstimmig:

„Sachentscheidung

I Folgende Umbesetzungen werden beschlossen:

1. Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung

Von der SPD:

Mitglieder		Liste der Stellvertretung	
		1.	RF Maria Anna Hakenes Gunter Braun Leuschnerstr. 15 48151 Münster

2. Wahlausschuss

Von der SPD:

Beisitzer/in		Stellvertretung	
	Lutz Wedhorn Friedrich-Ebert-Straße 31 48153 Münster Florian Szamocki Graelstr. 32 48153 Münster		

3. Wahlprüfungsausschuss

Von der SPD:

Mitglieder		Liste der Stellvertretung	
	Lutz Wedhorn Friedrich-Ebert-Straße 31 48153 Münster Florian Szamocki Graelstr. 32 48153 Münster		

4. Kreiswahlausschuss

Von der SPD:

Beisitzer/in	Stellvertretung
Lutz Wedhorn Friedrich-Ebert-Straße 31 48153 Münster Florian Szamocki Graelstr. 32 48153 Münster	

5. Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung

Von der CDU:

Mitglieder	Liste der Stellvertretung
RF Helga Welker Werner Quante Franz-Marc-Weg 51 48165 Münster	4. Werner Quante Franz-Marc-Weg 51 48165 Münster RF Helga Welker

6. Ausschuss für Schule und Weiterbildung

Beratendes Mitglied gemäß § 58 Abs. 1 S. 7 GO

von der Fraktion UWG-MS/ödp:

Mitglieder	Liste der Stellvertretung
Ursula Blankenstein Hägerfeld 4 48161 Münster Karl-Theodor Becks Inselgarten 19 48151 Münster	

II Folgendes wird zur Kenntnis genommen:

1. Die CDU-Fraktion bestimmt gemäß § 58 Abs. 5 GO NW Herrn Ratsherrn Stefan Weber als Nachfolger von Frau Ratsfrau Helga Welker zum Vorsitzenden im Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung.
2. Die SPD-Fraktion bestimmt gemäß § 58 Abs. 5 GO NW Frau Ratsfrau Beanka Ganser als Nachfolgerin von Frau Ratsfrau Maria Anna Hakenes zur stellvertretenden Vorsitzenden in der Stiftungskommission.“

Punkt 15 der Tagesordnung	Anträge von Ratsmitgliedern nach § 3 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Rates
Punkt 15.1 der Tagesordnung A-R/0011/2005	Zu einer lebenswerten Stadt gehört auch saubere Luft - Sofortige Einleitung der Luftreinhalteplanung für Münster

Folgender Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL wurde an den Hauptausschuss verwiesen:

„Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL
im Rat der Stadt Münster

Antrag Nr. A-R/0011/2005
vom 18.04.2005

Antrag

Zu einer lebenswerten Stadt gehört auch saubere Luft – Sofortige Einleitung der Luftreinhalteplanung für Münster

Der Rat möge beschließen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, in Absprache mit dem Landesumweltamt einen Luftreinhalteplan im Sinne des BImSchG für Münster, insbesondere für das Hauptverkehrsstraßennetz, bis zum 30.9.2005 zu erarbeiten und dem Rat zur Entscheidung vorzulegen.
2. Der Luftreinhalteplan hat geeignete und erforderliche Maßnahmen mit Zeitplan vorzusehen, um die Einhaltung des Jahresmittelwerts und der Tagesmittelwerte für Feinstaub PM₁₀ für 2005 und 2010 sicherzustellen. Dazu ist zu klären, welche Emittenten für die Staubbelastung in Münster verantwortlich sind. Für die Hauptemittenten sind entsprechende Minderungsmaßnahmen, u. U. auch Verkehrsbeschränkungen für bestimmte Zeiten und/oder bestimmte Fahrzeugtypen oder Geschwindigkeitsbegrenzungen im Sinne des § 40 BImSchG zu prüfen.
3. Der Luftreinhalteplan soll auch Maßnahmen vorsehen, um die Einhaltung der Grenzwerte für Stickoxide (NO₂ und NO_x) ab 2010 sicherzustellen.
4. Zur Verbesserung der Informationsgrundlage richtet die Stadt in Zusammenarbeit mit dem Landesumweltamt an weiteren kritischen Stellen des Hauptverkehrsstraßennetzes (vor allem an der Weseler Straße) Messstellen für Feinstäube ein.
5. Der Entwurf des Luftreinhalteplans wird veröffentlicht. Die Bürgerinnen und Bürger der Stadt erhalten Gelegenheit zur Stellungnahme, die beteiligten Gruppen (Verkehrs- und Umweltverbände, Wirtschaft und Einzelhandel u. a.) werden zum Entwurf des Luftreinhalteplans angehört. Das Ergebnis der Stellungnahmen und Anhörungen wird dem Rat und seinen Ausschüssen für ihre Beratungen zur Verfügung gestellt.
6. Kurzfristige Maßnahmen, die zur Reduzierung der Verkehrsemissionen beitragen, bzw. strategische Maßnahmen, wie die weitere Förderung des ÖPNV und der Altbausanierung, die die Emissionssituation in der Innenstadt und an den Hauptverkehrsstraßen entschärfen können, sind unabhängig von der Luftreinhalteplanung möglichst zügig umzusetzen (siehe dazu die diversen einschlägigen GAL-Anträge).“

Folgender Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL wurde an den Hauptausschuss verwiesen:

„Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL
im Rat der Stadt Münster

Antrag Nr. A-R/0012/2005
vom 02.05.2005

Antrag

Alle Chancen für Kindern von Anfang an!

Der Rat möge beschließen:

1. Die Angebote der Kinder- und Jugendhilfe werden weiterentwickelt. Dabei werden die Ziele verfolgt:
 - frühe Hilfen anzubieten, um später notwendige Intervention zu vermeiden (aufsuchen statt abwarten),
 - neue Kontakte und neue Zugangswege zu Familien und ihren Problemen zu schaffen
 - niedrigschwellige Angebote zu schaffen und die Öffnung sozialer Einrichtungen für entsprechende Angebote zu befördern,
 - eine gezielte Vernetzung und Kooperation der verschiedenen Hilfesysteme im Stadtteil unter Einbeziehung und Nutzung vorhandener Ressourcen und Angebote (nicht nur professionelle Dienste) vorantreiben,
 - innovative, qualifizierte, sozialräumlich angelegte soziale Arbeit für Familien zu entwickeln,
 - die Initiierung und Stärkung eigener Ressourcen (Empowerment) der Familien mit zu unterstützen.

2. Die Verwaltung wird beauftragt:
 - Die verschiedenen sozialräumlich angelegten Projekte früher Hilfen für Familien im Sinne „sozialer Frühwarnsysteme“ in Münster darzustellen. Dabei sollen die an den Projekten beteiligten Träger und die Art der Beteiligung benannt werden.
 - Den möglichen Bedarf in den jeweiligen Bezirken an weiteren Projekten und/oder Projektideen zu benennen und darzustellen, welche (konkreten) Pläne zur Ausgestaltung bestehen.
 - Bei der Entwicklung von Projektideen insbesondere biographische Übergänge wie Familiengründung (sehr junge Elternschaft, allein erziehend) oder der Eintritt in den Kindergarten oder die Einschulung zu berücksichtigen unter Einbeziehung des Themas Migration und geschlechterbezogener Themen etc.. Die Projekte sollen aus dem jeweiligen Stadtteil heraus unter Beteiligung der Betroffenen mit den dort vorhandenen Ressourcen entwickelt werden.

- Gemeinsam mit entsprechenden Trägern und Vereinen zu prüfen, inwieweit Formen bürgerschaftlichen Engagements, wie z. B. Patenschaften einbezogen werden können.“

Punkt 15.3 der Tagesordnung A-R/0013/2005	Kommunale Beteiligungsverfahren weiterentwickeln	Pflegeplanung weiterentwickeln	und
--	---	---	------------

Folgender Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL wurde an den Hauptausschuss verwiesen:

„Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL
im Rat der Stadt Münster

Antrag Nr. A-R/0013/2005
vom 02.05.2005

Antrag

Kommunale Pflegeplanung und Beteiligungsverfahren weiterentwickeln

Die Verwaltung wird beauftragt:

1. Den bislang entwickelten integrierten Planungsansatz unter den neuen gesetzlichen Rahmenbedingungen weiterzuentwickeln und auf Grundlage der im Landespflegegesetz gegebenen Hinweise ein Verfahren für die kommunale Pflegeplanung sowie für den Ausbau geeigneter Wohnformen aufzustellen. Dabei gilt es ein breites, differenziertes und vor allem auch flexibles Angebot zu entwickeln, bei dem die Sicherung der Pflege in der eigenen Häuslichkeit im Vordergrund steht. Zudem sind komplementäre ambulante Hilfen, neue Wohn- und Pflegeformen sowie zielgruppenspezifische Angebotsformen aufzuzeigen und bei der Weiterentwicklung der örtlichen Infrastruktur einzubeziehen.
2. Geeignete Verfahren und Kooperationsformen für das Zusammenwirken von Stadt- und Sozialplanung, Altenhilfe, Wohnungswirtschaft und Bewohnern aufzuzeigen. Bei der Umsetzung soll mit Trägern der sozialen Arbeit, Wohnungsunternehmen und anderen Akteuren (z.B. Vereine) sowie betroffenen Bewohnerinnen und Bewohnern im Stadtteil zusammengearbeitet werden.
3. Einen Beteiligungsprozess bzw. Pflegediskurs zu entwickeln, der neben den Trägern der Altenhilfe, die Betroffenen selbst, die Wohnungswirtschaft, gesellschaftliche Organisationen im Stadtteil, Kirchengemeinden, Initiativen und ggfs. auch Organisationen des Dienstleistungsbereichs an den Planungen und zu erarbeitenden Lösungen zu beteiligt. Dabei sollen verschiedene Beteiligungsformen mit einbezogen und weiterentwickelt werden. Hierzu gehören Stadtteilkonferenzen, Foren, Zukunftswerkstatt, open space sowie geeignete Befragungsformen und projektbezogene Aktivitätsformen.
4. Die örtliche Pflegekonferenz entsprechend den neuen Anforderungen weiterzuentwickeln und für einen breiten Beteiligung- und Planungsprozess zu öffnen. Die örtliche Pflegekonferenz soll auch dazu genutzt werden, Planungen von Investoren vorzustellen, zur Diskussion zu stellen und an den Leitlinien der Stadt für eine Weiterentwicklung der pflegerischen Infrastruktur zu messen.

5. Folgende Prinzipien und Aspekte in die kommunale Pflegeplanung mit einzubeziehen:
 - a) Die Erhaltung der Selbständigkeit und Selbstbestimmung der pflegebedürftigen Menschen als Grundlage bei der Planung für die Ausrichtung der Versorgungsstrukturen heranzuziehen.
 - b) Wohn- und Versorgungsformen im Alter und im Fall von Pflegebedürftigkeit an der Normalität und an den Wünschen der pflegebedürftigen Menschen zu orientieren. Ein zentrales Anliegen muss dabei die Gestaltung von Wohn-, Pflege- und Hilfsangeboten im normalen Wohngebiet sein.
 - c) Die spezifische Interessen und Anforderungen verschiedenen Zielgruppen – wie die in ihrer Alltagskompetenz eingeschränkten, meist demenziell erkrankten Menschen, Migrantinnen und Migranten, ältere behinderte Menschen, Menschen mit gleichgeschlechtlicher Orientierung oder jüngeren pflegebedürftigen Personen bei der Planung von neuen Wohnprojekten und bei der altersgerechten Umgestaltung bestehender Wohnquartiere zu berücksichtigen.
 - d) Bei Bedarf eine individuelle und zugehende muttersprachliche Beratung im Rahmen der Gesundheitsvorsorge, Wohn- und Pflegeberatung und eine Vernetzung zwischen Altenhilfe, der Migrationsarbeit und der Infrastruktur auf Stadtteilebene zu initiieren und zu unterstützen.
 - e) Die Rahmenbedingungen für einen Verbleib in privaten Wohnungen weiter zu verbessern und Nachbarschaftssysteme, Netzwerke und Selbsthilfeorganisationen zu stärken und die Entwicklung eines individuellen Pflege- und Hilfemixes aus professionellen, wie auch informellen Angeboten zu fördern.
 - f) Neue Wohn- und Pflegeformen und die baulichen Anpassungsmaßnahmen im Bestand als Alternative zur stationären Pflege in der kommunalen Planung einzubeziehen. Insbesondere sollten Hausgemeinschaften und andere gemeinschaftliche Wohnformen mit individuell zugeschnittenen Service- und Unterstützungsleistungen starke Berücksichtigung finden.
6. Die bislang geleistete qualitative gute Pflege- und Wohnberatungsarbeit weiterzuentwickeln und insbesondere die Wohnprojektberatung gezielt auszuweiten.“

**Punkt 15.4 der Tagesordnung
A-R/0014/2005**

Für Sauberkeit und öffentliche Ordnung in Münster

Folgender Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion wurde an den Hauptausschuss verwiesen:

“CDU-Fraktion und FDP-Fraktion
im Rat der Stadt Münster

Antrag Nr. A-R/0014/2005
vom 03.05.2005

Antrag

Für Sauberkeit und öffentliche Ordnung in Münster

Der Rat möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt,

1. den zuständigen Ratsgremien im Wege einer Bestandsaufnahme über Problemschwerpunkte aus dem Bereich öffentliche Sauberkeit und Ordnung zu berichten und das aktuelle Vorgehen der Ordnungsverwaltung hiergegen darzustellen;
2. daraus ein münsterspezifisches Konzept zur weiteren Verbesserung der Sauberkeit im öffentlichen Raum auch unter Berücksichtigung von ordnungsrechtlichen Maßnahmen zu entwickeln. Dabei sollen auch Erfahrungen aus anderen Städten berücksichtigt werden.
3. im Stadtgebiet Münsters - schwerpunktmäßig in den Fußgängerzonen der Innenstadt, im Aasee-Bereich, im Bereich Hafen und an den Kanaluferpromenaden - Kontrollen durchzuführen und spätestens nach einjähriger Praxis einen Erfahrungsbericht vorzulegen
4. entsprechende die Sauberkeit der Stadt betreffende Ordnungswidrigkeiten insbesondere während der Schwerpunktkontrollen konsequent mit Bußgeldern zu ahnden.“

**Punkt 15.5 der Tagesordnung
A-R/0015/2005**

**Zukünftige Verwertung des Stein-Gebäudes
am Hindenburgplatz frühzeitig planen**

Folgender Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion wurde an den Hauptausschuss verwiesen:

“CDU-Fraktion und FDP-Fraktion
im Rat der Stadt Münster

Antrag Nr. A-R/0015/2005
vom 03.05.2005

Antrag

Zukünftige Verwertung des Stein-Gebäudes am Hindenburgplatz frühzeitig planen

Der Rat der Stadt Münster möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, Vorschläge zur Verwertung des Gebäudes des alten Stein-Gymnasiums am Hindenburgplatz nach dem Umzug des Gymnasiums nach Gievenbeck im Sommer 2006 zu erarbeiten. Vorrangig ist dabei eine externe Verwertung zu prüfen.“

**Punkt 15.6 der Tagesordnung
A-R/0016/2005**

**Soziales Engagement - eine Ehrensache
für Münsters Schülerinnen und Schüler**

Folgender Antrag der CDU-Fraktion wurde an den Hauptausschuss verwiesen:

“CDU-Fraktion
im Rat der Stadt Münster

Antrag Nr. A-R/0016/2005
vom 03.05.2005

Antrag

Soziales Engagement – eine Ehrensache für Münsters Schülerinnen und Schüler

Der Rat möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Freiwilligenagentur anzuregen, ein Konzept zu entwickeln, wie sich die Münsteraner Schülerinnen und Schüler ab Klasse 9 verstärkt ehrenamtlich engagieren können.

Dabei sollten Kriterien für ein Ehrenamtszertifikat der Stadt Münster entwickelt werden, das den Schülern, die ein solches Amt ausgeübt haben, als Beilage zum Abschlusszeugnis überreicht wird.

Zu diesen Kriterien gehören insbesondere Angaben zum zeitlichen Umfang sowie eine Liste von Organisationen und Einrichtungen, bei denen der ehrenamtliche Einsatz erfolgen kann. Diese Liste muss laufend fortgeschrieben werden bzw. auf Antrag erweitert werden.

Es ist abzuklären, in wie weit die Übernahme von Ehrenämtern in der Jugendarbeit, in kirchlichen Gruppen, in Vereinen, Organisationen und Institutionen des gesellschaftlichen Lebens sowie Hausaufgabenbetreuung oder die Übernahme von Freizeit-AGs für jüngere Schülerinnen und Schüler die Verleihung des Ehrenamtszertifikates rechtfertigen.“

**Punkt 15.7 der Tagesordnung
A-R/0017/2005**

**Solar? Na klar! Den Europäischen Solarpreis nach
Münster holen.**

Folgender Antrag der SPD-Fraktion wurde an den Hauptausschuss verwiesen:

“SPD-Fraktion
im Rat der Stadt Münster

Antrag Nr. A-R/0017/2005
vom 03.05.2005

Antrag

**Solar? Na klar!
Den Europäischen Solarpreis nach Münster holen.**

Der Rat der Stadt Münster beschließt:

Münster beteiligt sich in der Kategorie Städte und Gemeinden an der Ausschreibung für die Nationalen und Europäischen Solarpreise 2005.“

**Punkt 15.8 der Tagesordnung
A-R/0018/2005**
Münster-Stadt des Pferdesports

Folgender Antrag der SPD-Fraktion wurde an den Hauptausschuss verwiesen:

“SPD-Fraktion
im Rat der Stadt Münster

Antrag Nr. A-R/0018/2005
vom 03.05.2005

Antrag

Münster - Stadt des Pferdesports

Der Rat der Stadt Münster möge beschließen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, einen Masterplan „Münster - Stadt des Pferdesports“ für die nächsten fünf Jahre zu erarbeiten, der ein geschlossenes Reitwegenetz im Stadtgebiet und die Anbindung an das bestehende Reitwegenetz im Münsterland sicherstellt.
2. Zur Förderung und touristischen Vermarktung des Wanderreitens wird ein Handlungs- und Marketingkonzept erarbeitet.
3. Zur Finanzierung sollen neben Landeszuschüssen und städtischen Mitteln (die zum Teil aus der Reitabgabe finanziert werden sollen) auch in größerem Umfang Drittmittel aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen eingeworben werden.
4. Die Routenplanung wird in enger Kooperation mit verschiedenen Partnern in den Stadtteilen erstellt - auch um bürgerschaftliches Engagement beim Ausbau und der Pflege des Reitwegenetzes zu erleichtern.
5. Die Planung sowie die weitere Ausgestaltung des Reitwegenetzes wird von einem Projektbeirat aus Vertretern u.a. des Reitsports, der Landwirtschaft und des Naturschutzes sowie von Politik und Verwaltung begleitet.“

**Punkt 15.9 der Tagesordnung
A-R/0019/2005**
**Keine Schultüte ohne Deutschstunde -
Vorschulische Sprachförderung für jedes Kind**

Folgender Antrag der SPD-Fraktion wurde an den Hauptausschuss verwiesen:

“SPD-Fraktion
im Rat der Stadt Münster

Antrag Nr. A-R/0019/2005
vom 03.05.2005

Antrag

**Keine Schultüte ohne Deutschstunde –
Vorschulische Sprachförderung für jedes Kind**

Der Rat der Stadt Münster möge beschließen:

- 1) Für alle Kinder, die bis zum Alter von vier Jahren - unter Umständen auch früher - noch nicht über die nötige Sprachkompetenz verfügen, wird eine gezielte Sprachförderung angeboten.

- 2) Kinder aus Migrantenfamilien, die Deutsch als Zweitsprache erlernen, sollen dabei besonders berücksichtigt werden.
- 3) Zusätzlich zur Förderung dieser Kinder werden die Eltern in die Sprachförderung mit einbezogen. Sie erhalten bei Sprachproblemen in möglichst enger Zusammenarbeit mit den Kindertagesstätten das Angebot eines Sprachförderkurses.
- 4) In jeder Betreuungsgruppe einer Kindertagesstätte wird mindestens eine pädagogische Fachkraft speziell fortgebildet.
- 5) Die Verwaltung erarbeitet unter Berücksichtigung der zur Verfügung stehenden Landesmittel ein Finanzierungskonzept, mit dem die Bedarfe abgedeckt werden können.“

Punkt 16 der Tagesordnung**Verschiedenes**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Ende der Sitzung: 18.48 Uhr

gez.
Dr. Berthold Tillmann
Vorsitz

gez.
Jürgen Kupferschmidt
Schriftführung